

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27. Telegramm-Adresse: Zeitung.



Anzeigen

werden die sechsgespaltene 8 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabat. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenordner und Belieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontokonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmehöhe für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 67.

Dienstag, den 8. Juni 1926.

19. Jahrgang.

Ist auch, was der Andre sagt,
Wenn du hörst, daß einer klagt.

Reichsbahn und Regierung.

Obwohl der bisherige Generaldirektor der Reichsbahn und frühere Minister Deser schon seit langen Jahren als selbstverständlich, kam die Nachricht vom Hinscheiden des weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten Mannes doch sehr überraschend. Wer wird Desers Nachfolger werden? Dies war die Frage, die man sich zunächst klar zu machen suchte, denn dies galt als selbstverständlich: Es kann als Nachfolger für dieses eminent wichtige Amt nur ein Mann in Frage kommen, der wie Deser, weit über die Grenzen hinaus bekannt ist. Man dachte dabei wohl an den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther, zumal dieser sich, wie es heißt, um den Posten zu bewerben hätte. Luther hat ja in seiner früheren Tätigkeit die Möglichkeit bewiesen, jenen gewissen sozialen Ausgleich zu finden, zu dem heute jeder verständnisvolle Leiter von Staatsbetrieben verpflichtet ist.

Unmühsam mußte es da überraschen, als unmittelbar nach dem Tode Desers die Meldung kam, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft bereits die Wahl getroffen habe: Dr. Dornmüller. Da fragte man sich mit Recht: Was hat diese Elite? Hatte man nicht wenigstens die Besetzungserleichterungen für den bevorzogenen Chef abwarten können, ehe man zur Neuwahl schritt? Aber ganz abgesehen von der Frage des Zukunfts muß man sich weiter fragen, wie der Verwaltungsrat dazu kommt, die Neuwahl zu veranlassen, nachdem man doch weiß, daß Reichspräsident und Reichskanzler befragt werden müssen, wenn sie für die Nachfolge empfohlen würden. Die Reichsbahn ist schließlich noch immer ein staatlicher Betrieb. Das gesamte Aktienkapital gehört dem Reich. Da wäre es doch eigentlich nicht erstaunlich, die Weisung zuerst von oben zu fragen, bevor man einfach bestimmt. Reich heißt es, der Präsident des Verwaltungsrats, Herr v. Siemens, habe sich an Reichskanzler Dr. Luther gewandt. Luther hat aber nur geantwortet, er glaube nicht, daß die Nachfolge Dornmüllers beantragt werden dürfe. Der Verwaltungsrat hätte also unbedingt abwarten müssen, bis die Regierung ihre diesbezügliche Mitteilung abgegeben hätte. Man könnte es schließlich ebenfalls so auflegen, daß es sich um ein Mißverständnis gehandelt hat.

Doch diese Vorgangslage in der Tagespresse ist nicht ohne Anteilnahme hat, läßt sich begreifen. Die Regierung hat denn auch erklärt, daß sie zu der erwähnten Wahl Dornmüllers erst Stellung nehmen wird, nachdem die Besetzung Desers erfolgt ist. — Die so unheimlich anmutende Elite bei der Neuwahl wird von Seiten der Reichsbahn etwa so dargestellt: Zunächst ein Zufall, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahn auf seine Tagung in Berlin absieht, als die Nachricht von Desers Tod kam. Da man nun einmal zum Amt herbeizutreten, — so dachte man offenbar, — war es das Gegebene, gleich diesen Punkt „mit zu erledigen“. Das klingt ja wohl etwas sehr banal, doch spielen doch andere Momente mit. Schon seit Monaten hatte der Verwaltungsrat die Absicht, Desers Rücktritt zum Amt herbeizuführen. Eine Zeitlang scheint der Verwaltungsrat auch dazu bereit gewesen zu sein, änderte sich später wieder seinen Entschluß. Es heißt nun, der Verwaltungsrat hätte die Absicht gehabt, trotz Desers Regierung, einen anderen Generaldirektor zu wählen, wenn Deser dann einfach vor eine vollendete Tatsache hätte stellen. Es sei ein Zufall gewesen, daß Deser in diesem Augenblick starb, wo man dieses Mandat durchsetzen wollte.

Was an all diesen Gerüchten ist, das ist natürlich schwer zu kontrollieren. Dies eine aber fest: Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hätte unter allen Umständen abwarten müssen, bis die Reichsregierung im Amt des Generaldirektors hätte, um die Nachfolge im Amt des Generaldirektors zu bestimmen, selbst die furchtbare Gefahr hin, daß sich der Verwaltungsrat noch einmal hätte versammeln müssen. Wie andere Gerüchte sagen, die Elite hat darauf zurückzuführen wollen, daß man dieses Mandat habe zuvor erhalten. Die Wahl Dornmüllers, obwohl sie erfolgt ist, ist also dennoch keineswegs von der Regierung bestätigt worden, es bleibt abzuwarten, was die Regierung unter dem nächsten überreichten Vorkommnissen in Zukunft vorzubringen.

Die Trauer um Deser.

Die Kranzspenden und die Feier im Verwaltungsgelände der Reichsbahn.

Wie in einen Blumengarten verwandelt war der große Saal des Verwaltungsgeländes der Deutschen Reichsbahngesellschaft in der Wilhelmstraße in Berlin. Unzählige Kränze waren aufgestellt als stumme Zeugen der Trauer für den verstorbenen Generaldirektor der Reichsbahn. Unter diesen Kränzen fielen einige besonders prächtige auf: Der Kranz, den der Reichspräsident gestiftet hatte, ferner derjenige, der von den Präsidenten der Reichsbahndirektionen stammte. Auch die Beamten und die Arbeiterschaft, Verwaltung und Ministerien haben herrliche Kranzspenden niedergelegt lassen.

Im Verlauf der Trauerfeier, die gestern um 11 Uhr vormittags stattgefunden hat, und die aus Ansprachen und Musikvorträgen des Streichquartetts der Staatsoper bestand, ergriß auch

Reichskanzler Dr. Marx

das Wort, um dem Verstorbenen im Namen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung wärmste Anerkennung zu zollen für das, was er in seinem hohen und verantwortungsvollen Amt für das deutsche Volk geleistet hat. Dabei führte er besonders aus: „Als es galt, unter dem Druck der außerpolitischen Verhältnisse die Reichsbahn einzugliedern in das Schienennetz der Reparationsleistungen, da ist es Desers lebendiges Verdienst gewesen, diese Eingliederung in eine Form gebracht zu haben, die dem Reich das unentgeltliche Eigentum an dem großen nationalen Vermögen, das die Reichsbahn darstellt, erhalten hat. Und weiter, wenn es dann der Reichsbahn gelungen ist, die dazu erforderliche Umstellung in verhältnismäßig kurzer Zeit vorzunehmen, den ihr auferlegten Verpflichtungen nachzukommen und daneben den lebenswichtigen Interessen der Wirtschaft weitgehend zu entsprechen, so muß auch dafür das Verdienst dem Verstorbenen in hohem Maße zugeschrieben werden. Für all das gebührt ihm der Dank des Vaterlandes. Es wird die vornehmste Aufgabe der Zukunft sein, dieses Werk zum Wohle des deutschen Volkes fortzuführen, und zwar immer in dem gleichen Bestreben, die Reichsbahn in erster Linie den Interessen Deutschlands und der deutschen Wirtschaft nutzbar zu erhalten.“

Hierauf sprach der Präsident des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft, Dr. v. Siemens, dann Dr. Dornmüller und schließlich der Reichstagsabgeordnete Erleritz im Namen der Demokratischen Partei. Pastor Graue hielt die geistliche Ansprache. Reichsverkehrsminister Dr. Rohne sandte an die Reichsbahngesellschaft ein längeres Beileidschreiben.

Die Feuerbestattung fand im engsten Familienkreis im Krematorium Wilmersdorf statt.

Polnische Zustände.

Aufstand in Ostgalizien. — Frankreichs Liebe zum polnischen Bruder.

In Ostgalizien ist es zu schweren Unruhen gekommen. Neßer Stadt und Brodow Jarow ist der Belagerungszustand, über Lemberg und Parnow der Ausnahmezustand verhängt worden. Die ostgalizische Ukraine verlangt Autonomie und sofortige Einberufung einer Nationalversammlung für Ostgalizien.

Bei diesen Unruhen kam es zu blutigen Kämpfen zwischen Militär und Bevölkerung. Trotz dieser polnischen Zustände beharrt Warshaw darauf, daß Polen im Völkerbündnis als Großmacht einen ständigen Sitz erhält! Die Zustände in Polen sind durchaus unebenbar. Anfanglich hat man geglaubt, daß nach Wahl des Staatspräsidenten nun alle Streitpunkte aus der Welt geschafft seien. Daß dies nicht der Fall ist, hat der über Kommerellen verhängte Ausnahmezustand bewiesen. Und nun erst die Regierungsabfertigung. Darum hat sich Deserzeit erboten, er über überhaupt gewillt ist, das neue Statut zu bilden. Keiner will das Parteifeld der Finanzen übernehmen. Die Wegleitung Polens zu Rußland haben sich neuerdings sehr verschlechtert. Die Sowjetregierung hat ihre Vorläufe über einen Garantiepakt mit Polen ungünstig zurückgezogen und auf Handelsvertragsverhandlungen verzichtet.

Das Schicksal des Sejms und auch des Senats ist noch nicht entschieden. Seitens der Linksparteien wird auf eine sofortige Auflösung der beiden gesetzgebenden Körperschaften hingearbeitet. Auch scheint in gewissen rechtsstehenden Kreisen die Meinung zur Auflösung vorhanden zu sein. Was von politischen Versprechungen zu halten ist, sieht man am Vorgehen gegen die „Minderheiten“. Das Wahlgesetz soll so umgestaltet werden, daß die Minderheiten nur in ganz geringer Stärke in den Sejm zurückkehren können.

Der Präsident der französischen Republik, Doumergue, hat an den neuen Staatspräsidenten von Polen, Mosicki, ein Glückwunschtelegramm geschickt, worin auch in Zukunft „enge politische Zusammenarbeit“ zwischen den beiden Staaten in Aussicht gestellt ist.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 8. Juni 1926.

Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, eine Vereinigung von etwa 70 Reichsjugendverbänden, fordert alle zuständigen Stellen auf, die Einrichtungen der Berufsberatung auszubauen.

An der 650-Jahrfeier der Stadt Kaiserslautern nahm auch der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Langwerth v. Simmern, teil. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held sandte ein Telegramm.

In Brandenburg fanden sich am Sonntag 5000 rühre Prinz-Heinrich-Festler zum Regimentstag zusammen. In Potsdam feierten 2000 Offiziere und Mannschaften des 1. Garde-Infanterie-Regiments ihren Wiederkehrstag.

Die alte sozialdemokratische Partei Sachsens hielt in Dresden die erste Landesversammlung ab und nahm nach verschiedenen Referaten folgende Entschlüsse an: „Die im Landtagsgebäude in Dresden tagende erste Landesversammlung der alten sozialdemokratischen Partei Sachsens unterzieht das Bekenntnis, daß mit der vollzogenen Trennung von der S. P. D. Sachsens eine Übertragung des Konfliktes auf das Reich nicht beabsichtigt ist. Die Landesversammlung erneuert ihren Willen zur positiven Mitarbeit an der deutschen Republik und damit zur wirksamsten Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes, vornehmlich der Arbeiterklasse.“

Schaumburg-Dippe lehnt den Anschluß an Preußen ab. Wie aus Bielefeld gemeldet wird, hat die Abstimmung über die Frage des Anschlusses Lippes an Preußen ergeben: 8516 Stimmen mit Ja und 9681 Stimmen mit Nein. Einige Ergebnisse stehen noch aus, doch dürfte die Ablehnung sicher sein.

Die Wahlen zu den Elternräten in Berlin haben am Sonntag stattgefunden. Es lagen aus 329 von 551 konfessionellen Schulen folgende Ergebnisse vor: Christlich-unpolitische Liste 2822 Sitze, sozialistische Liste 133. Dazu müssen noch etwa 350 weltliche Sitze an den weltlichen Schulen gerechnet werden, so daß also den 2822 Sitzen der Christlich-unpolitischen insgesamt etwa 949 Sitze der Weltlichen gegenüberstehen. Die Wahlbeteiligung wird auf 55 Prozent geschätzt.

Der Leising-Konflikt in Hannover scheint immer weitere Folgen zu haben. Die Studenten der Leising-Hochschule hielten sich geschlossen hinter die delegierten. Eine Abordnung begab sich nach Braunschweig, um eine Ueberführung der gesamten Studentenschaft zu beraten. Die braunschweigischen Studenten haben sich mit den hannoveranischen solidarisch erklärt.

Rundschau im Auslande.

In Genf wurde das neue Gebäude des Internationalen Arbeitsamtes eingeweiht, wobei auch Reichsarbeitsminister Brauns eine Rede hielt.

Mitte Juli werden der Staatssekretär im amerikanischen Seesamt, Winston, und der Gouverneur der New Yorker Bundesregierung, Strong, nach Berlin kommen, um über die Verringerung des Dawesplanes zu beraten.

Die Vrotkarte in Paris.

Die zur Frankfurterunterstützung ergriffenen Maßnahmen der französischen Regierung werden, wie aus Paris verlautet, eventuell zur Einführung von Vrot- und Lebensmittelpässen führen. Es ist beschlossen worden, ein Programm für die Einfuhrbeschränkungen auszuarbeiten. Ein Geheimen über Abzugsmaßnahmen werden bis jetzt noch keine die deutschen Reparationszahlungen in Devisen verlangsamen, um den Franken zu heben. Das „besiegte“ Deutschland soll den „Sieger“ retten.

